



# HESSISCHER LANDTAG

16. 03. 2010

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz,  
Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion**

**betreffend Haushaltsmittel für Eingliederung und Verwaltung im  
Bereich der Grundsicherung sofort freigeben - Hessen macht sich  
stark für verbesserte Betreuung und Qualifizierung von  
Langzeitarbeitslosen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die von den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP im Bund erwirkte Haushaltssperre für Eingliederungsmittel angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage ein völlig falsches Signal ist, das massive Einschnitte bei der Eingliederung und Qualifizierung langzeitarbeitsloser Menschen bedeutet. Die Sperrung der Mittel führt dazu, dass bundesweit 600.000 bis 800.000 Eingliederungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können und etwa 100 Arbeitsagenturen in der zweiten Jahreshälfte in diesem Bereich handlungsunfähig sein werden. Für Hessen würde dies bei gleichmäßiger Verteilung der gesperrten Mittel von 600 Mio. € eine anteilige Kürzung von etwa 45 bis 50 Mio. € bedeuten.
2. Die Sperre auf den Verwaltungsmitteln in Höhe von 300 Mio. € bundesweit wird zu massiver Reduzierung des Personals, vor allem im Bereich der ohnehin zu wenig vorhandenen Arbeitsvermittler führen. Gerade dieser Personenkreis ist durch die unsichere Lage der Jobcenter und in den Optionskommunen in der jüngsten Vergangenheit ohnehin stark belastet worden. Die Haushaltssperre muss daher sofort aufgehoben werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung daher dringend dazu auf, umgehend auf die Bundesregierung sowie auf die sie tragenden Koalitionsfraktionen mit dem Ziel einzuwirken, dass die Haushaltsmittel für Eingliederung und Verwaltung im Bereich der Grundsicherung umgehend wieder entsperrt werden.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. März 2010

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Dr. Spies  
Decker  
Merz  
Müller (Schwalmstadt)  
Roth**